

# Mittelsächsische LinksWorte

21. JUNI 2023

NR. 184

17. JAHRGANG



In diesem Jahr jährt sich die Errichtung des Konzentrationslagers Sachsenburg zum 90. Mal. Anlässlich des Jahrestages des ersten Lagerappells fand auch am 3. und 4. Juni 2023 der Sachsenburger Dialog statt. Es gab u.a. eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung an dem im September 1968 geweihten Ehrenmal für die Opfer des Faschismus.

Auf dem Flyer zum Sachsenburger Dialog ist ein Foto vom 11. Oktober des vergangenen Jahres zu sehen, welches den Abriss der ehemaligen Kommandantenvilla zeigt. Das Ringen um den Erhalt dieses Gebäudes wurde im Herbst 2022 endgültig verloren. Bis zuletzt hoffte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Sachsen (VVN Sachsen), dass der von der Stadt Frankenberg beschlossene Rückbau noch gestoppt werden kann. Auch ein Protestbrief, mit dem sich der Verein unter anderem an Bundeskanzler Olaf Scholz und Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer wandte, blieb erfolglos.

## DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

### 1. BILANZIERT:

DER KREISVERBAND BEREITET SICH AUF DIE  
KOMMUNALWAHLEN IM JUNI 2024 VOR

### 2. BERICHTET:

DIE LINKSFRAKTION ZWISCHEN DEN  
KREISTAGSSITZUNGEN VOM MAI UND JULI

### 3. INFORMIERT:

AKTUELLES AUS DEM TEAM  
TÄNDLER-WALENTA

2	editorial & standpunkt
3	presseschau & aktuell informiert
4	<b>titelthema 1:</b> beginn der wahlvorbereitung kommunalwahlen 2024
5	für unsere Leser*innen dokumentiert
6	<b>titelthema 2:</b> aus der linksfraktion im kreistag
7	<b>unsere serie - immer auf seite -7-</b> „linksworte“ vom juni 2009
8	<b>titelthema 3:</b> aktuelles aus dem team tändler-walenta
9	recherchiert: landkreis mittelsachsen und die eisenbahn (teil -4-)
10	<b>unsere serie zur politischen bildung:</b> beitrag -86-: werbasierte oder interessengeleitete außenpolitik
11	kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
12	termine & trauer & querbeet

**Erscheinungstag** der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist am Mittwoch, dem 19. Juli 2023. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 12. Juli. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck, die Online-Ausgabe und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 10,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

Herausgeber:

**DIE LINKE.**

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

**Layout und Satz:** **A • Bi • Te**  
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
 Birkenstraße 23 b  
 09557 Flöha/OT Falkenau

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG  
 Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

**Internet:** Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite Juniwoche endete mit einem Paukenschlag. Der Parteivorstand der LINKEN fasste am 10. Juni einen Beschluss, in welchem die folgenden zehn Worte vorkommen: „Die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht.“ Da war es für uns sofort offensichtlich, dass auch die LinksWorte auf diesen Beschluss reagieren müssen. Nebenstehend können unsere Leserinnen und Leser den persönlichen Standpunkt von Hans Weiske dazu lesen. Außerdem veröffentlichen wir auf Seite -5- den entsprechenden Beschluss des Parteivorstands im Wortlaut und fassen in unserer kleinen Presseschau zusammen, wie Journalisten des „neuen deutschland“ den Sachverhalt kommentieren.

Inzwischen schwenkten der sächsische Landes- und der mittelsächsische Kreisverband auf die langfristige Vorbereitung der Wahlen im kommenden Jahr ein. Im Kreisverband ist die Aufmerksamkeit vor allem auf die am 9. Juni 2024 stattfindenden Kommunalwahlen gerichtet. Dazu hat am 6. Juni eine Beratung mit den Ortsvorsitzenden stattgefunden. Außerdem befinden wir uns im Vorfeld der Kommunalwahlen unmittelbar in der Vorbereitung auf drei Regional Konferenzen in Freiberg, Mittweida und Döbeln. Wir berichten in heutigen Titelthema -1- darüber.

Der mittelsächsische Kreistag befindet sich in der Periode zwischen den Sitzungen vom 3. Mai und vom 5. Juli. Thomas Kempe, Mitarbeiter der Fraktion, berichtet in unserem Titelthema -2- über die Reise einer Delegation des Landkreises Mittelsachsen unter Leitung des Landrates Dirk Neubauer, in den Partner-Landkreis Calw aus Anlass dessen 50. Geburtstag. Neben Thomas Kempe nahm auch unser Redaktionsmitglied Achim Grunke an der Reise teil. Das Titelthema -3- ist den breit gefächerten Aktivitäten des Teams Tändler-Walenta gewidmet. Mit Beiträgen zu den Auswirkungen der Novellierung des sächsischen KiTa-Gesetzes, zu einer Demonstration gegen das geplante Nato-Manöver „Air Defender 2023“ und anderen wichtigen Themen melden sich Rebecca Lange, Paul Senf und Attila Grafe zu Wort. Zwei weitere Beiträge von Kati Voigt bzw. Marvin Jamale, die sich mit der Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Kriebethal beschäftigen, bringen wir in unserer Juli-Ausgabe. Es geht dabei um die Betreuung durch das DRK in Hainichen und ein Sportangebot durch ehrenamtliche Helfer.

Unsere kleine Serie zur Rolle der Eisenbahn in Mittelsachsen schließen wir heute ab. Allerdings wird das Ausgangsthema „Reaktivierung der Strecke Döbeln-Meißen im Juli wieder eine Rolle spielen, da in Kürze ein weiterer „Runder Tisch“ dazu stattfinden wird. Unsere Serie „Was geschah vor 14 Jahren in unserem neuen Kreisverband Mittelsachsen“ setzen wir bis Jahresende fort. In unserer heutigen Ausgabe geht es vor allem um die Wahlen im Superwahljahr 2009. Etwas Ähnliches erwartet uns im kommenden Jahr wieder.

In unserer Serie zur politischen Bildung und Information beschäftigt sich Achim Grunke diesmal mit dem Thema „wertebasierte oder interessengeleitete Außenpolitik“.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

steuert die linke auf die spaltung zu ?

von Hans Weiske

Am gestrigen Mittwoch gab es - nicht zuletzt ausgelöst durch den Beschluss des Parteivorstands "Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!" vom 10. Juni - im Kreisvorstand eine intensive Debatte zur Gefahr der Spaltung unserer Partei und darüber, ob der Beschluss ein kleiner Befreiungsschlag war und DIE LINKE nun endlich in ruhigeres Fahrwasser kommt. Interessanterweise gab es kaum Meinungsunterschiede: wir waren uns einig darüber, dass der Beschluss richtig war, wenn er auch viel zu spät kam. Längst hat sich Sahra Wagenknecht neben und gegen unsere Partei gestellt. Das Fass zum Überlaufen hat ein Treffen der beiden Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schierdewan und der Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch mit Sahra Wagenknecht gegeben, was nach den Worten des "nd"-Redakteurs Wolfgang Hübner "offenbar Ende Mai stattgefunden habe".

Ich muss zugeben: Die Abkehr von Sahra Wagenknecht vollzog sich bei mir "schleichend". Jahrelang war ich von ihrer Persönlichkeit und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit, überhaupt von ihrer Medienpräsenz, beeindruckt. Ihr Buch "Die Selbstgerechten - Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt" verstand ich vor allem als eine Auseinandersetzung mit dem Linksliberalismus im weiteren Sinne und nicht - wie von Bernd Riexinger formuliert - als ein auf Spaltung der Linken ausgerichtetes "Gegenprogramm". Ihr Auftreten im Bundestag nach dem von Russland vom Zaune gebrochenen Überfall auf die Ukraine fand ich überspitzt, wenn auch nicht parteischädigend. Alles unter der Überschrift "plurale sozialistische Partei" abgehakt!

Doch seit Sahra Wagenknecht die öffentlichen Schmähungen gegen unsere Partei verstärkt, den Verzicht auf die Nominierung für ein Mandat zur nächsten Bundestagswahl erklärt und vor allem ihre Auffassung, dass sie erst zum Jahresende über die Gründung einer neuen, konkurrierenden Partei entscheiden wird, haben alles verändert. Zumal es inzwischen - darunter auch in unserem Kreisverband - Hinweise darauf gibt, dass Unterstützer Wagenknechts Mandatsträgerinnen und -träger der LINKEN "abtelefonieren", um sie abzuwerben. Das am heutigen Tag (Donnerstag, 15. Juni) in der "Freien Presse" veröffentlichte Interview mit Sabine Zimmermann, der "Vertrauten von Sahra Wagenknecht" spricht Bände. Damit bringt es DIE LINKE wieder einmal auf die Titelseiten der bürgerlichen Presse.

Womit ich bei einem weiteren aktuellen Problem unserer Partei bin: Selbst unter "gestandenen Genoss\*innen", die ihr Herzblut unsere Partei geben, wird die Auffassung vertreten, wir sitzen gegenwärtig in einem Schiff, deren Steuerbrücke derzeit nicht besetzt ist. Es gelte, endlich einen Masterplan zu entwickeln, wie man wieder zu alter Stärke zurückfinden kann, statt bei den größeren öffentlichen Debatten zu brennenden Themen der Gegenwart durch Unsichtbarkeit zu "glänzen". Der Parteivorstand hat sich nämlich am 10. Juni neben der "Causa Wagenknecht" auch mit einem Papier mit dem Titel „Unser Plan 2025: Comeback für eine starke Linke“ beschäftigt. Das allerdings bleibt bis heute für mich unsichtbar.

## im „neuen deutschland“ gelesen

Von HANS WEISKE

In der Woche nach dem „Paukenschlag“, den der Parteivorstand am 10. Juni ertönen ließ, war klar: Er musste das bestimmende Thema für das „neue deutschland“ sein.

Am **Montag** erschien die Zeitung mit einem kollektiven Leitartikel unter der Überschrift „Der Linken reicht's - Parteivorstand fordert Wagenknecht und Unterstützer auf, Mandate abzugeben“. Direkt daneben der Standpunkt von Wolfgang Hübner „Offener Bruch - über die Linke-Kampfansage an Wagenknecht“. Auf Seite -5- der gleichen Ausgabe schließlich ein erster Überblick zu den diametralen Reaktionen aus der Partei zum Vorgehen des Parteivorstands. Von Klaus Ernst und Alexander Ulrich als „absurd“ über Amira Mohamed Ali als „einen großen, für die Partei unwürdigen Fehler“ bis zum Beifall von Bernd Rixinger für den „richtigen Weg“.

Am **Dienstag** hatte beim „nd“ „Air Defender 2023“ die Regie übernommen. Auf die Titelseite schaffte es eine Randnotiz unter der Überschrift „Kritik an Linke-Spitze wegen Wagenknecht“ und der Verweis auf einen Artikel auf Seite -4-. Hier wurde aus der Kritik an der Linke-Spitze „Harsche Kritik an Linke-Vorstand“. Die Autorin wie am Montag: Jana Frielingshaus. Diesmal kam neben ausführlicheren Ausführungen von Janine Wissler vom Vortag Gesine Löttsch zu Wort, die den Beschluss des Parteivorstands als „späterisch“ bezeichnete. Weiterhin wurde sie mit den Worten, dass die prominente Politikerin Sahra Wagenknecht viele Menschen anziehe und weiter: „Die Linke müsste eigentlich ein Interesse daran haben, so eine Genossin wie Sahra Wagenknecht zu halten“. Eine viel stärkere Kerbe in schlug die „Wagenknecht-Vertraute“ Sevim Dağdalen in die Wurzeln der Linken. Sie sagte u.a. „Es ist absehbar, dass einer Linken, die auf sektiererische Praktiken setzt, statt die massiven Probleme im Land anzugehen, der Weg in die politische Bedeutungslosigkeit vorgezeichnet ist“. Auch Fraktionsgeschäftsführer Ulrich kam erneut zu Wort. Er warf der Parteiführung abermals Inkompetenz vor.

Am **Mittwoch** reichte es - wie bereits am Montag - zum kollektiven Leitartikel und einem Standpunkt von Jana Frielingshaus auf der Titelseite. Diesmal lauteten die Überschrift des Leitartikels „Neue Töne von Bartsch - Linke Fraktionschef warnt Wagenknecht vor Gründung einer neuen Partei“ und des „Standpunktes“ „Wer spaltet hier? - Zur Kritik am Linke-Bundesvorstand“. Ein ausführlicher Artikel von Wolfgang Hübner ging auf die bei Redaktionsschluss noch nicht beendete Sitzung der Bundestagsfraktion vom Dienstagabend ein. Im Mittelpunkt stand ein Pressestatement von Dietmar Bartsch vor Beginn der wöchentlichen Sitzung. Bartsch nannte den Vorstandsbeschluss eine „notwendige Entscheidung“ und verteidigte ihn gegenüber Kritik. Er sagte, es sei „inakzeptabel und unangemessen, wenn versucht wird, eine neue Partei zu gründen und dazu Mandatsträger der Linkspartei dazu kontaktiert werden“.

Am heutigen **Donnerstag** - diese Zeitung geht jetzt in die Druckerei - schafften es nur die „Briefe an die Redaktion“ zum Thema in das „nd“. Die Überschrift „Ein Befreiungsschlag?“. Die Bandbreite der Zuschriften reicht von einem „gespenstigen Beschluss“ und dem „Stil der Diffamierung“ bis zu „Respekt für den Parteivorstand für eine Entscheidung, die sicher nicht leichtgefallen ist“.

## der sachsenburger dialog 2023 und eine nicht verheilende wunde



Träger des diesjährigen Sachsenburger Dialogs waren die Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft „Ausinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“, die Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V. und die Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg.

Mit Vorträgen, Workshops und Besuchen der Schau „Auftakt des Terrors“ wurde an den 90. Jahrestag des ersten Lagerappells im KZ Sachsenburg erinnert. Die Teilnehmer gedachten der über 10.000 Inhaftierten und der Ermordeten im einstigen Konzentrationslager. Das KZ Sachsenburg war Vorläufer von Lagern wie Sachsenhausen oder Buchenwald. Die SS bildete hier Wachmannschaften für die im gesamten Deutschen Reich entstehenden Konzentrationslager aus.

Nach der Begrüßung am Samstag erklangen Lieder mit Texten des Widerstands von der Gruppe Pir Moll aus Pirna. Es schloss sich ein Bertolt-Brecht-Programm mit der Gruppe Quijote aus Chemnitz an. Das Programm am Sonntag begann mit der Gedenkveranstaltung und einer Kranzniederlegung, ausgestaltet von Frankfurter Musikschülern. Am Denkmal musiziert der Posanenchor der Stadtkirche St. Aegidien. Danach gab es geführte Rundgänge über das Gelände der geplanten KZ-Gedenkstätte. Dabei stand einmal mehr die Kommandantenvilla im Focus, vielmehr das, was nach dem Abriss im Herbst von ihr übrig geblieben ist. In diesem Jahr gab es eine Besonderheit: Im Rahmen des Sachsenburger Dialogs fand nach der Gedenkveranstaltung ein Treffen von Angehörigen statt.

im Kommunikations- und Dokumentationszentrum des ehemaligen KZ ist bis Dezember dieses Jahres die Wanderausstellung „Auftakt des Terrors“ (mittwochs bis samstags 14 bis 16 Uhr, sonntags 10 bis 16 Uhr) zu sehen.

Beginnend mit dem 11. Oktober 2022 wurde der **Abriss der ehemaligen Kommandantenvilla** vollzogen. Im Vorfeld wurde gemäß der Auflagen des Denkmalschutzes Türen und Geländer gesichert. Der aktuelle Zustand Anfang Juni geht aus dem unteren linken Foto hervor. Der Abriss erfolgt trotz des jahrelangen zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Protestes. Auch während des Abrisses hielt der Protest an. So forderte die Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg den Landrat Dirk Neubauer auf, den Abriss zu stoppen. Dem Gedenkort an das frühe KZ Sachsenburg ist damit ein wesentlicher Bestandteil verloren gegangen.

Am 26. April hat der Stadtrat von Frankenberg einstimmig entschieden, dass die geplante Gedenkstätte vom Land Sachsen betrieben werden soll. Nach Auffassung

des Stadtrates muss sie in die Hände der **Stiftung sächsische Gedenkstätten** kommen. Die Stadt Frankenberg sei weder finanziell, noch personell in der Lage, den Betrieb der künftigen Gedenkstätte zu sichern.

Ende Mai sind nun endlich die Fördermittelbescheide für das **Vergabeverfahren zur KZ-Gedenkstätte** eingetroffen. Zum einen erhält die Stadt 150.000 Euro als Festbetragsfinanzierung und Liquiditätshilfe für die Ausschreibung und Beauftragung der Entwurfsplanung. Diese ist Voraussetzung für die Errichtung der Gedenkstätte. Zur Ko-Finanzierung sind keine städtischen Eigenmittel notwendig. Zum anderen bekommt die Stadt 52.000 Euro für das laufende Jahr und die wissenschaftliche Begleitung der Vorbereitungsmaßnahmen zur Errichtung der Gedenkstätte.



**Linkes Bild:** Kaum etwas ist heute noch von der ehemaligen Kommandantenvilla übrig. Nur der Sockel blieb erhalten. **Rechtes Bild:** In der ehemaligen Kommandantur soll die künftige KZ-Gedenkstätte Sachsenburg eingerichtet werden.

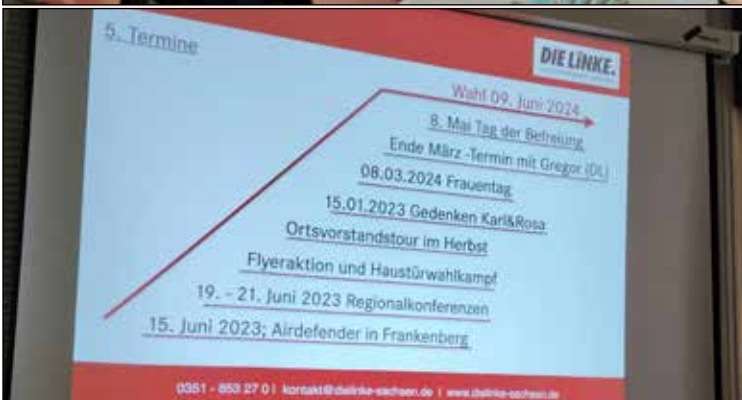
## die vorbereitungen auf das superwahljahr 2024 haben begonnen

Im Jahr 2024 erwartet uns ein Jahr mit mehreren Wahlen: Im Juni finden Europa- und Kommunalwahlen, im Spätsommer oder Herbst Landtagswahlen statt. Im Jahr 2025 schließen sich die nächsten Wahlen zum Bundestag an. Im sächsischen Landes- und unserem mittelsächsischen Kreisverband haben die Vorbereitungen begonnen. Am 23. Juni findet das erste gemeinsame Wahlplenum des Landesverbandes für das Superwahljahr 2024 statt. Dort wird die Zeitleiste auf Landesebene bis zum - noch nicht genau bekannten - Wahltag beraten.

An dieser Stelle konzentrieren wir uns auf den Beginn der Wahlvorbereitung in unserem Kreisverband, wo der Schwerpunkt vor allem auf den Kommunalwahlen liegt, die voraussichtlich am 9. Juni 2024 stattfinden werden. Bereits in der Sitzung vom 6. April wurde Marvin Jamale vom Kreisvorstand zum ehrenamtlichen Wahlkampfleiter bestimmt. Wir berichten im folgenden von der Beratung mit den Ortsvorsitzenden am 6. Juni und informieren über die drei Regionalkonferenzen, die - nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe - am 19. Juni in Freiberg, am 20. Juni in Mittweida und am 21. Juni in Döbeln stattfinden werden.

### Beratung mit den Ortsvorsitzenden in Siebenlehn

Am 6. Juni fand im Hotel „Schwarzes Roß“ in Siebenlehn eine Beratung der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta mit den Vorsitzenden der Ortsverbände statt. Obwohl in der Einladung ausdrücklich darum gebeten wurde, wegen der Wichtigkeit der Beratung im Verhinderungsfall einen Vertreter zu entsenden, waren nur acht von zwölf Ortsverbänden vertreten. Zunächst blickten alle Anwesenden - leider größtenteils eher pessimistisch - aus ihrer Sicht auf die Kommunalwahlen 2024. Danach erläuterte der ehrenamtliche Wahlkampfleiter Marvin Jamale in einem Vortrag die Schwerpunkte in Vorbereitung der Kommunalwahl-



**Oberes Bild:** Arbeitsatmosphäre zur Beratung mit den Ortsvorsitzenden

**Unteres Bild:** Der Zeitstrahl zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen am 9. Juni 2024, geworfen vom Beamer auf die Leinwand, präsentiert von Marvin Jamale.

len, voraussichtlich am 9. Juni 2024. Dabei ging er auch auf den vorläufigen Zeitstrahl der Aktivitäten des Kreisverbandes bis zum Wahltag ein.

Anschließend ging es um die drei anstehenden Regionalkonferenzen (siehe den nebenstehenden Beitrag), um weitere Termine im Sommer und Herbst. Vorgestellt wurde **ATTILA GRAFE**, der mit der Bildung einer AG Jugend beauftragt wurde.

### kreislicher Wahlkampfleiter Marvin Jamale



Vom Kreisvorstand wurde Marvin Jamale zum ehrenamtlichen Wahlkampfleiter für das Superwahljahr 2024 bestimmt. Marvin ist Mitglied des Teams unserer Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta.

Marvin Javane ist 31 Jahre alt und in Leipzig geboren. Aktuell studiert er im Fach Soziale Arbeit. Zu seinen Hobbies gehören Fußballspielen und -gucken, Kraftsport, aber auch gemeinsame Zeit mit Freunden und Familie. Seit fünf Jahren ist er Mitglied unserer Partei, sein politisches Interesse entstand aber schon im Jugendalter. Gegenüber unserer Redaktion erklärte er: „Seit Winter 2022 organisiere ich mich im Kreisverband Mittelsachsen und freue mich, jetzt im Ehrenamt vor allem unseren Kommunalwahlkampf 2024 mitzugestalten zu können.“

### Regionalkonferenzen vom 19. bis 21. Juni

#### Wortlaut der Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie in jedem Jahr finden wieder einmal unsere Regionalkonferenzen statt. Dieses Jahr haben wir diese in den Juni gelegt, um bereits jetzt wichtige Weichen für die nächsten Jahr anstehenden Kommunal- und Europawahlen sowie die Landtagswahlen zu stellen. So wollen wir den Blick auf vergangene Wahlen, deren Erfolge und Misserfolge und die Suche nach aktuellen Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten sowie Genoss:innen mit Lust auf kommunalpolitische Verantwortung lenken.

Die Regionalkonferenzen finden zu folgenden Terminen statt:

**Freiberg:** Montag, den 19. Juni 2023, 18:00 Uhr im Hotel „Regenbogenhaus“ (Brückenstraße 5, 09599 Freiberg)

**Mittweida:** Dienstag, den 20. Juni 2023, 18:00 Uhr im „Müllerhof“ (Auensteig 37, 09648 Mittweida)

**Döbeln:** Mittwoch, den 21. Juni 2023, 18:00 Uhr im „Café Courage“ (Bahnhofsstraße 56, 04720 Döbeln)

Rückmeldungen bitte ich an die Adresse

[marvin.mueller@dielinke-mittelsachsen.de](mailto:marvin.mueller@dielinke-mittelsachsen.de)

zu senden.

Mit solidarischen Grüßen

Marika Tändler-Walenta, MdL  
Kreisvorsitzende DIE LINKE Mittelsachsen

### Neuer Ortsverband Frankenberg-Hainichen



DIE LINKE in Frankenberg/Sa. und Hainichen geht künftig einen gemeinsamen Weg und hat deshalb einen neuen Vorstand gewählt. **TOBIAS KRAUSE** - vom Kreisvorstand als Vertrauensperson im Kreisverband benannt, links im Bild - wurde zum Ortsvorsitzenden, **CARMEN SCHOLTISSEK** zur Stellvertretenden Ortsvorsitzenden und **BIRGIT KRETZSCHMAR** aus Hainichen zum Mitglied des Ortsvorstands gewählt. Der bisherige Frankenger Ortsvorstand bedankte sich herzlich beim bisherigen Vorsitzenden **JÖRG HOMMEL**.

## beschlüsse der parteivorstandsberatung vom 10. Juni 2023

## Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!

## Beschluss der Parteivorstandsberatung vom 10. Juni 2023

DIE LINKE als plurale sozialistische Partei ist eine historische Errungenschaft. Wir wollen sie als plurale Partei erhalten, Differenzen demokratisch unter dem Dach unserer Partei diskutieren und sie als moderne Gerechtigkeitspartei gemeinsam weiterentwickeln. Dafür brauchen wir Geschlossenheit, Solidarität und ein klares Profil.

Die öffentlichen Ankündigungen seitens unserer Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht, die Gründung einer konkurrierenden Partei zu prüfen, stellen die Einheit der LINKEN in Frage und schaden uns seit geraumer Zeit massiv. Diese Äußerungen verunsichern unsere Wählerinnen und Wähler und sind respektlos gegenüber unseren Mitgliedern, die sich jeden Tag in den Kreis- und Basisorganisationen und in den kommunalen Vertretungen für eine starke LINKE einsetzen. Unterdessen häufen sich parteiinternen Berichte, dass bereits Vorbereitungen zur Gründung eines konkurrierenden Parteiprojektes getroffen werden.

Dagegen stellen wir klar: Demokratisch gefasste Beschlüsse sind die verbindliche Richtschnur für das Handeln der gesamten Partei, ihrer Fraktionen und öffentlichen Repräsentant\*innen. Wir respektieren Minderheitsmeinungen innerhalb unserer Partei. Der Weg zur Änderung von Beschlüssen ist die Debatte in der Partei, in ihren demokratischen Organen und die Gewinnung von Mehrheiten für Entscheidungen. Wir laden alle dazu ein, mit uns auf Parteitag, in den entsprechenden Gremien und Verfahren um demokratische Mehrheiten zu ringen. Wenn einzelne sich aber systematisch über diese Mehrheiten hinwegsetzen und versuchen, der LINKEN durch öffentliche Einlassungen über die Medien sowie durch die Drohung mit der Gründung einer konkurrierenden Partei, einen anderen Kurs aufzuzwingen, sind das schlicht Erpressungsversuche.

Der Geschäftsführende Parteivorstand hat wiederholt, zuletzt am 25. Mai, das Gespräch mit Sahra Wagenknecht gesucht und schließlich von ihr gefordert, dass sie zeitnah und öffentlich von der Gründung eines konkurrierenden Parteiprojektes Abstand nimmt und entsprechende Vorbereitungen umgehend einstellt. Sahra Wagenknecht hat wiederholt erklärt, dass sie keine Perspektive mehr für die LINKE sieht. Sie ist der Aufforderung, eindeutig von einem konkurrierenden Parteiprojekt Abstand zu nehmen, bis heute nicht nachgekommen. Damit ist offensichtlich, dass sie nicht bereit ist, gemeinsam mit allen Genossinnen und Genossen in der Partei für eine starke LINKE zu kämpfen und ihre demokratischen Verfahren zu respektieren. Klar ist daher: Die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht.

Alle Abgeordneten wurden auf Wahlvorschlag der LINKEN in die Parlamente gewählt. Sie wurden von den Mitgliedern in den Wahlkreisen und bei Listenaufstellungen in demokratischen Verfahren aufgestellt. Die Mitglieder der LINKEN haben den Wahlkampf geführt in dem Vertrauen, dass unsere Abgeordneten das Programm der LINKEN vertreten und sich ihm verpflichtet fühlen. Es ist ein Gebot des politischen Anstandes und der Fairness gegenüber den Mitgliedern unserer Partei, wenn diejenigen, die sich am Projekt einer konkurrierenden Partei beteiligen, konsequent sind und ihre Mandate zurückgeben. Es ist nicht akzeptabel, dass Ressourcen aus für DIE LINKE gewonnenen Mandaten für den Aufbau eines Konkurrenzprojektes genutzt werden. Denn wir alle stehen bei unseren Wähler\*innen im Wort, uns in ihrem Sinne auch für das einzusetzen, was wir ihnen zur Wahl versprochen haben.

Unsere Partei wie die gesellschaftliche Linke insgesamt steht angesichts von sozialer Spaltung, Klimakatastrophe, Inflation und Krieg vor riesigen Herausforderungen. Viele sagen, es sei nicht mehr erkennbar, wofür die DIE LINKE steht. Diesen Eindruck werden wir ändern. Wir ergreifen klar Partei für die lohnabhängige Bevölkerung und wenden uns dagegen, unterschiedliche Milieus gegeneinander auszuspielen. Wir stellen die gemeinsamen Interessen und die gemeinsame Mobilisierung für soziale Ziele in den Mittelpunkt. Der Marktgläubigkeit der herrschenden Politik setzen wir unsere Forderung nach Stärkung von öffentlichen Investitionen und öffentlichem Eigentum entgegen – für uns ist der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte. Wir verbinden konsequenten Klimaschutz mit sozialen Garantien. Der Umbau der Wirtschaft muss mit den Beschäftigten und in ihrem Interesse erfolgen – deshalb streiten wir für eine Stärkung der Gewerkschaftsrechte, für mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie. Wir stellen uns überall gegen Imperialismus und Krieg, gegen die völkerrechtswidrige russische Invasion der Ukraine wie gegen völkerrechtswidrige Interventionen der NATO und ihrer Verbündeten. Wir wenden uns gegen Aufrüstung und Rüstungsexporte und kämpfen für Abrüstung, Deeskalation und zivile Alternativen zum militärischen Tunnelblick. Und wir stehen für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten, für den Schutz von Geflüchteten und Grundrechten – und eine klare Kante gegen rechts, gegen Rassismus, Sexismus, Transfeindlichkeit und Faschismus.

Die Ampelkoalition ist zerstritten und blockiert sich selbst. Im Ergebnis droht eine massive Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nach rechts. Umso wichtiger ist es, dass wir der Bedrohung von rechts eine klare linke Alternative entgegenstellen. Wir haben dieses Jahr noch zwei Landtagswahlen in Hessen und Bayern und nächstes Jahr die Europawahl, die Kommunalwahlen und die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, vor uns. Diese bereiten wir mit aller Kraft vor. Darauf wollen wir uns gemeinsam konzentrieren. Es gilt das lähmende Gegeneinander, die öffentlichen Diffamierungen und politischen Blockaden zu überwinden. Damit aus unserer LINKEN in all ihrer Verschiedenheit wieder eine geeinte LINKE werden kann. Das gebietet der Respekt gegenüber unseren Mitgliedern, das sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig. Wir brauchen eine starke LINKE in den sozialen Auseinandersetzungen. Stark sind wir aber nur, wenn sich niemand in der Partei schwach fühlt. Das nehmen wir ernst, nur so werden wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung als sozialistische Partei in Zeiten schwerer Krisen gerecht.

## Es ist eine Schande! Nein zum Frontalangriff auf das Asylrecht

## Beschluss der Parteivorstandsberatung vom 10. Juni 2023

Die EU-Innenminister\*innen haben sich am vergangenen Donnerstag auf eine Reform des europäischen Asylsystems geeinigt. „No more Morias“ lautete das Versprechen der EU-Kommission. Heute heißt ihre Botschaft „Stacheldraht statt Willkommenskultur“. Die Bundesregierung hat einer europäischen Einigung zugestimmt, die faktisch die Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl bedeutet. Diese Einigung ist Ausdruck einer rassistischen Politik, die immer mehr in der EU um sich greift und von der Bundesregierung mit ihrer Zustimmung unterstützt wird. Sie hat die Verschärfung sogar weitergehend vorangetrieben. Damit brechen SPD, Grüne und FDP ihren eigenen Koalitionsvertrag. Das ist eine politische Bankrotterklärung.

Die Abschottung und Inhaftierungen von Familien mit Kindern, die vor Krieg und Hunger fliehen, sind nämlich kein „historischer Erfolg“, wie Innenministerin Faeser es nennt, sondern ein Anschlag auf die universellen Menschenrechte. In Schnellverfahren und unter Haftbedingungen sind keine fairen Prüfungen möglich. Das widerspricht den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags und der Ankündigung einer humanen Flüchtlingspolitik.

Haftlager an den Außengrenzen Europas sind der Kern der Reformvorschläge. Während der zentralisierten Verfahren sollen die Schutzsuchenden interniert bleiben. Sie gelten als offiziell nicht in die EU eingereist. So wird Geflüchteten ihr Grundrecht auf Asyl zu verwehrt.

Statt Schutzsuchende aufzunehmen können die EU Staaten Geld an Drittstaaten außerhalb der EU zur Flüchtlingsabwehr bezahlen und sich so rechtssicher der Aufnahme von Menschen entziehen. Die Reform ist der „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Genfer Flüchtlingskonvention.

Wer die Mauer um die Festung Europa immer höher zieht, wird jedoch Menschen nicht davon abhalten zu fliehen, sondern ihr Ankommen unsicherer machen. Allein im ersten Quartal 2023 sind so viele Menschen im Mittelmeer gestorben wie seit 2017 nicht. Die Situation in den Geflüchtetenlagern ist bereits heute menschenverachtend.

Die Einigung zum GEAS ist ein Kniefall vor Rechtsaußen und wird die rechten Kräfte in Europa weiter stärken. Wer die Forderungen von Rechten umsetzt, ermutigt sie. Es ist eine Schande und hat mit einer Wertegemeinschaft nichts zu tun.

Indem ausgerechnet SPD und die Grünen Mitglieder des Kabinetts für die Vereinbarung werben, werfen sie sich vor der versammelten Rechten Europas in den Staub. Mit einer „wertegeleiteten Außenpolitik“ ist auch das in keiner Weise zu vereinbaren. Das zeigt: Wer das Recht auf Asyl schützen will, kann sich auf die Grünen nicht mehr verlassen. Wenn diese 180-Grad-Wende in der Asylpolitik und der Bruch eines zentralen Wahlversprechens keinen Koalitionskrach wert ist, dann sind SPD und die Grünen als Menschenrechtspartei erledigt.

Wir werden diese Entrechtung zusammen mit vielen anderen nicht hinnehmen und fordern die Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien auf, der Asylrechtsverschärfung nicht zuzustimmen. Wir fordern, derzeit erneut geforderten Ausweitungen bei den so genannten sicheren Herkunftsstaaten eine eindeutige Absage zu erteilen. Es gab in den letzten Tagen und Wochen viele kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und Warnungen von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen. Nötig sind jetzt breite Proteste gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts. DIE LINKE ruft alle dazu auf sich daran zu beteiligen und die Menschenrechte zu verteidigen.

Die Türen müssen offen bleiben für Menschen, die Schutz und Aufnahme brauchen.

**W**ie in den letzten Linksworten berichtet, findet die nächste Kreistagssitzung erst am 5. Juli in Freiberg im Berufsausbildungszentrum am Schachtweg statt. In dieser Sitzung wird ein Antrag unserer Fraktion, Die LINKE.

im Kreistag Mittelsachsen, zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Mittelsachsen auf der Tagesordnung stehen.

Wir fordern darin, dass in Zukunft mehr als ein Stellvertreter für die Ausschussmitglieder von den Fraktionen benannt werden darf. Alle die sich im Ehrenamt betätigen wissen, dass immer wieder eigenartigerweise viele Termine genau auf einen Tag fallen und im Zweifel genau da auch noch privat etwas Wichtiges anliegt. Da die Arbeit in und die Informationen aus den Ausschüssen sehr wichtig ist beziehungsweise sind, haben wir diesen Antrag gestellt. Möglicherweise kann in der nächsten Ausgabe der Linksworte an dieser Stelle ausnahmsweise wieder von einem angenommenen Antrag unserer Kreistagsfraktion informiert werden.

Aber, liebe Leserinnen und Leser, was macht ein Kreisrat oder eine Kreisrätin zwischen den Kreistagssitzungen? In ihrer Funktion nehmen sie diverse Termine wahr. Von ein paar Terminen, von denen ich Kenntnis habe, möchte ich hier berichten.

Am 11.05. fand die **diesjährige mittelsächsische Demokratiekonferenz** in Mittweida statt. Diese wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ vom Aktionsplan „Toleranz ist ein Kinderspiel“ des Landkreises Mittelsachsen organisiert. Es erfolgte eine gemeinsame Arbeit in Gruppen an einzelnen Tischen, u.a. zu den Themen: Kinder- und Jugendbeteiligung, generationsübergreifende Zusammenarbeit, Beteiligung im Sport und Demokratieförderung und Nachwuchsgewinnung. Alle Gruppen wechselten nach einiger Zeit die Tische, so dass jedes Thema dabei war. Die Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse war sehr spannend, da eine bunte Mischung von Menschen teilgenommen hat.

Unser Fraktionsvorsitzender Gottfried Jubelt war zum **Werkstatt-Tag des Mittelsächsischen Verkehrsverbundes (VMS)** vom 12.06. bis zum 13.06. eingeladen. Am ersten Tag stand eine Besichtigung der Straßenbahnwerkstatt der Chemnitzer Verkehrs AG auf dem Programm. In dieser Werkstatt werden auch die Züge des „Chemnitzer Modells“ vom Verkehrsverbund Mittelsachsen gewartet. Der zweite Tag war gefüllt mit Fachvorträgen zu Themen wie Digitale Schiene Deutschland oder 44 Tage Deutschlandticket in Sachsen und im VMS. Wie nicht anders zu erwarten, gehen die Meinungen zum letzteren Thema weit auseinander. Vor allem Vertreter der Verkehrsunternehmen sehen ihre wegbrechenden Einnahmen und die damit verbundenen unsicheren Finanzierung. Für die Vertreter der Fahrgastverbände stehen die Vorteile dieses Fahrscheins im Vordergrund. Wie so vieles in der aktuellen Bundespolitik ist eben auch diese Neuerung nicht zu Ende gedacht.

Einer der aufwändigeren Termine war ein **Treffen der Partnerlandkreise Calw, Gliwice und Mittelsachsen vom 12.05.**

**bis zum 14.05. in Calw** anlässlich des Erlebnistages zum 50. „Geburtstag“ des Landkreises Calw. Die Delegation von Mittelsachsen bestand aus dem Landrat Dirk Neubauer, dem ersten Beigeordneten Dr. Lothar Beier, dem persönlichen Referenten des Landrates Volker Dietzmann, der Kreisrätin Lea Fränze (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dem Kreisrat Dr. Jörg Brettschneider (AfD-Fraktion), der Pressereferentin Tina Knoßalla sowie dem Kreisrat Dr. Achim Grunke

wald für Achim Grunke, ist in Wirklichkeit eine sehr anstrengende und interessante Zeit, besser gesagt, es ist Arbeit. Jedes gemeinsame Essen ist mit einem intensiven Austausch verbunden. Dieser pendelt zwischen Smalltalk und Fachgesprächen hin und her.

Für die Kommunalpolitik im Landkreis Calw und Nagold im Mittelpunkt. Beide Häuser sind in einem kreisübergreifenden Klinikverbund von 7 Krankenhäusern eingebunden. Das Haus in Nagold wird bei laufendem Betrieb um- und ausgebaut. Es wird praktisch an den neuesten Anforderungen angepasst. Am 13. wurde von den Gästen ein sanierter Teil des Nagolder Krankenhauses gezeigt. Zuvor stellte man ihnen die Pläne und Vorhaben für beide Häuser ausführlich vor. In Calw entsteht mit einem Neubau ein Gesundheitscampus. Es entsteht ein Klinikneubau, ein Zentrum für Psychiatrie, ein Haus der Fürsorge (Betriebskindergarten und Pflegeeinrichtung) und ein Haus der Gesundheit, entspricht einem medizinischen Zentrum. Für beide Vorhaben zusammennimmt der Landkreis Calw mehr als 100 Millionen Euro in die Hand.

Ein anderes Vorhaben des Landkreises Calw, was den Gästen vorgestellt wurde, ist die Reaktivierung der „Hessebahn“ zwischen Weil der Stadt und Calw, um Calw wieder mit der Schiene an Stuttgart anzubinden. Der eigenartige Name kommt daher, dass Hermann Hesse am 2. Juli 1877 in Calw geboren wurde und bis 1881 da lebte. Auch für dieses Projekt plant unser Partnerlandkreis 100 Millionen Euro ein. Wem von uns fällt da nicht mindestens eine stillgelegte Bahnstrecke im Landkreis Mittelsachsen ein?

Einen besonderen Termin auf dieser

Reise möchte ich noch erwähnen. Im Rathaus Nagold fand ein moderierter kommunalpolitischer Austausch zu den Themen Klimaschutz, Mobilität, Gesundheitsversorgung und Ehrenamt. Es war hoch interessant zu hören, wie sich die Problemlagen in diesen Bereichen zwischen Kreta, Polen, Sachsen und Baden-Württemberg weitgehend gleichen. Trotzdem gibt es große Unterschiede bei der Herangehensweise zur Problemlösung und der Schwerpunktsetzung. Sicher liegt das auch an den unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten, Voraussetzungen und Mentalitäten der Menschen in den entsprechenden Regionen, aber ein Teil an den persönlichen Präferenzen der Entscheider. Ich bin mir sicher, auch unser Landrat hat für sich etwas mitgenommen.

An der offiziellen Eröffnung des Erlebnistages, durch den Calwer Landrat Helmut Riegger nahmen die Gäste ebenfalls teil. Der Erlebnistag mit seinen Angeboten ist am besten mit einer großen kreisweiten Hobby- und Vereinschau zu vergleichen. Auch haben sich die verschiedenen Abteilungen des Landratsamtes mit ihrer Arbeit mit vorgestellt. Das ist eine gute Sache, da für den Bürger eine kommunale Verwaltung meist etwas „fremdartiges und unahnbares“ ist.

In der nächsten Ausgabe berichten wir wieder direkt von Arbeit in den Ausschüssen und im Kreistag.



oberes Bild: Eröffnung des Erlebnistages in Calw durch den Landrat **HELMUT RIEGGER**  
 unteres Bild: Das vom Fachwerk geprägte malerische Zentrum der Hermann-Hesse-Stadt Calw

von unserer Fraktion. Über diese Zusammensetzung der teilnehmenden Mitglieder des Kreistages lohnt es sich ruhig nachzudenken. Von unserem Partnerlandkreis Gliwice war eine vierköpfige Delegation unter Führung des Vize-Landrates Adam Wojtowicz nach Calw gereist. Aufgrund einer beginnenden Partnerschaft des Landkreises Calw mit Kreta weilte der Generalsekretär Nikos Raptakis von Kreta ebenfalls in Calw.

Die Partnerschaft mit dem Landkreis Calw besteht offiziell seit dem 03.10.1991. Der Landkreis Calw hat damals den Altkreisen Brand-Erbisdorf und Freiberg beim Aufbau einer an die damals für uns neuen BRD angepassten Verwaltung geholfen. Noch heute lernen die Verwaltungen voneinander, aber eben wechselseitig. Für Kommunalpolitiker ist der Austausch mit Kollegen aus anderen Bundesländern, wie er im Rahmen solcher Partnerschaften gepflegt wird, ebenfalls sehr bereichernd. Wer in seiner Gemeinde oder Stadt an solchen Treffen schon teilgenommen hat, wird dies sicher bestätigen. Der Austausch von Gemeinderats- und Stadtratsmitgliedern innerhalb unseres Kreises wäre für die ehrenamtliche Arbeit auch günstig. In den neunziger Jahren habe ich diesen Gedankenaustausch zwischen den Ratsmitgliedern unserer Partei als gut für die Arbeit im Rat empfunden.

Was sich fürs erste anhört wie ein Kurzurlaub im Schwarz-

was stand vor 14 jahren im mittelpunkt der arbeit des kreisverbandes der mittelsächsischen linken ?

Im September 2021 haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte jeweils vor 14 Jahren berichteten und was die Schwerpunkte der damaligen politischen Arbeit waren. Die Serie werden wir bis zur Dezember-Ausgabe dieses Jahres fortführen.

**Zur Erinnerung:** Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise: der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen.

Bereits im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz in der „Räuberschänke“ Hartha der Vorstand des neuen Regionalverbundes aus den drei ehemaligen Kreisverbänden gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden die Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen im neuen Landkreis Mittelsachsen statt.

In unserer heutigen Ausgabe beschäftigen wir uns mit den „LinksWorten“ vom Juni 2009. Im Mittelpunkt standen die Ergebnisse der Wahlen in das Europaparlament und in die Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte, die am 7. Juni 2009 stattfanden, sowie die Vorbereitung der Landtagswahlen am 30. August 2009 und der Bundestagswahlen am 27. September 2009.

Gegenüber der Europawahl 2004 ging der Stimmenanteil in Mittelsachsen von

Die linke Zeitung für Mittelsachsen Im Internet unter: [www.linksworte-mittelsachsen.de](http://www.linksworte-mittelsachsen.de)

# Mittelsächsische LinksWorte

25. Juni 2009 Nr. 22 3. Jahrgang

**Linke politische Prominenz in Mittelsachsen**  
Die erste Schlacht im Wahlmarathon 2009 ist geschlagen - die Europawahlen und die Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen sind Geschichte. Schon kündigen sich die Wahlen Nr. 3 und Nr. 4 an: Diesmal geht es um die Landtagswahlen Ende August und die Bundestagswahlen Ende September. Die Landeslisten der sächsischen Linken für beide Wahlen wurden im Tagungshotel „Alte Spinnerei“ in Burgstädt aufgestellt. Mit dabei: Cornelia Ernst, Katja Kipping, Gregor Gysi und André Hahn.

**Die drei Titelthemen dieser Ausgabe**

- umfassend bewertet: Die Ergebnisse der Kommunalwahlen aus LINKER Sicht
- aktuell informiert: Von der VertreterInnenversammlung der LINKEN in Burgstädt
- detailliert berichtet: Ein Jugendklub in Geringwalde und kein gutes Ende

22,6 Prozent auf 19,3 Prozent zurück. Damit blieb man zwar auf Platz zwei unter allen Parteien, verlor aber wesentlich mehr als die CDU, während SPD, Grüne und FDP zulegen konnten. Ihre besten Ergebnisse erreichte DIE LINKE in Rochlitz (25,7 Prozent), in Leisnig (24,9 Prozent), in Brand-Erbisdorf (23,6 Prozent), in Burgstädt (23,4 Prozent) und in Flöha

(23,3 Prozent). Aus heutiger Sicht utopische Ergebnisse ! Aus heutiger Sicht eine Randnotiz: Am 7. Juni 2009 wurde auch ein Bürgerentscheid zum Kfz-Kennzeichen des neuen Landkreises durchgeführt. Dabei ging es um „MSN“ oder „FG“. Letztlich setzte sich „FG“ mit 52,97 Prozent gegen „MSN“ mit 47,03 Prozent durch. Das sah am Wahlabend

zunächst anders aus: nach den vom Landratsamt regelmäßig ausgespuckten Zwischenständen lag „MSN“ ständig leicht in Führung - bis zum Schluss die Werte der Kreisstadt Freiberg eingingen und das Ergebnis drehen. Übrigens. Für das Kennzeichen „FG“ gab es im Altkreis Döbeln rund fünf Prozent, im Altkreis Mittweida 25 Prozent und im Altkreis Freiberg 89 Prozent der Stimmen.

Die Bewerber der LINKEN für die - bis heute - fünf mittelsächsischen Wahlkreise zu den Landtagswahlen und des Bundestagswahlkreises „Mittelsachsen“ wurden bereits im Januar 2009 nominiert. Auf einer dreitägigen „Mammutveranstaltung“ im - heute nicht



Der damalige Spitzenkandidat der LINKEN für den Landtag, André Hahn, im Gespräch mit Frankenberger Genoss\*innen.

mehr existierenden - Tagungshotel „Alte Spinnerei“ in Burgstädt wurden vom 12. bis 14. Juni 2009 die Bewerberlisten der LINKEN für die Landtags- und Bundestagswahlen aufgestellt. Interessant, dass wir damals davon ausgingen, dass die Listenplätze bis 30 „Erfolgsgaranten“ zum Einzug in den sächsischen Landtag sind. (gegenwärtig umfasst die Linksfraktion im Landtag 14 Personen, d.R.). Aus Sicht des mittelsächsischen Kreisverbandes war das Ergebnis der Nominierungsveranstaltung in Burgstädt „niederschmetternd“. Von den fünf Bewerbern für die Landtagswahl schaffte es nur Jana Pinke aus Freiberg mit Platz 17 auf einen aussichtsreichen Platz auf die Landesliste. Klar war bereits im Vorfeld, dass Elke Altmann aus Brand-Erbisdorf und Heiko Hilker aus Döbeln aus dem Landtag ausscheiden.



Weiterhin in den LinksWorten vom Juni 2009

**Linkes Bild:** Im Titelthema -3- berichteten wir über die vergebliche Suche der Jugendorganisation solid in Geringwalde nach einem neuen Domizil und die dabei zu überwindenden bürokratischen und politischen Hürden. Im Bild von links: **SABRINA LISKE, DAVID RAUSCH, ANDREA DÄUMLER, ROBERT SOBOLEWSKI UND PETRA STEIDTEN.**

**Mittleres Bild:** Der damalige Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, während seines Redebeitrags auf der Vertreter\*innenkonferenz in Burgstädt (siehe dazu den obigen Beitrag)

**Rechtes Bild:** Mit ein wenig Ironie stellen wir in Folge (8) unserer Serie „mittelsächsischer Knüller“ in Lunzenau die „autonome frohe und Hanselstadt Groß Mützenau“ einschließlich dem „Prellbock - die Kneipe“ vor.

## aktuelles aus dem team tändler-walenta

**Novellierung des Kita-Gesetzes lässt auch mittelsächsische Kitas erneut im Stich**von **PAUL SENF**

Die sächsische Regierungskoalition machte sich auf, das Kita-Gesetz zu novellieren. Was mit vielen Hoffnungen seitens der Betroffenen – Kinder, Eltern, Erzieher\*innen, Kitas und Kommunen – verbunden war, erwies sich wieder einmal als zu kleiner Schritt. Auch oder gerade für Kitas in Mittelsachsen wurde eine Chance verpasst die Bedingungen endlich nachhaltig zu verbessern.

Die wesentlichste Änderung ist die Anpassung des Personalschlüssels, das heißt die Anzahl der Erzieher\*innen pro Kind. Diese fällt jedoch deutlich zu gering aus. Es werden lediglich Vorhaben aus den Haushaltsverhandlungen umgesetzt und damit dringend nötiges zusätzliches Personal verweigert. Dabei fehlen durch den Personalmangel in Sachsen derzeit 7.700 Kita-Plätze, obwohl seit mittlerweile 10 Jahren theoretisch bundesweit der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz besteht. Gerade bei kleinen Kitas, die gerade im ländlichen Raum, also auch in Mittelsachsen, ist die Personalschlüsselverbesserung so gering, dass sich diese real nicht auswirken wird. Wo städtische Kitas mit mehreren hundert Kindern dadurch vielleicht eine halbe Stelle mehr bekommen, kann die in kleinen dörflichen Kitas gar nicht abgebildet werden.

Die Linksfraktion hat sich natürlich für eine deutlich stärkere Anhebung nach wissenschaftlichen Maßstäben eingesetzt. Was Marika, als kitapolitische Sprecherin der Fraktion, weiterhin besonders beschäftigte war die Entlastung der Eltern und Kommunen. In Niederwiesa bspw. mussten Eltern 2021 knapp 280 € für einen Krippenplatz zahlen – 15 % mehr als 2020. Dabei sind diese Zahlen noch vor der großen Energiekrise und Inflation. Der Ausgleich des Eltern- und Kommunenbeitrags durch die Erhöhung des Landeszuschusses in der Gesetzesnovellierung ist mehr als dürrtig und der riesigen Preissteigerungen des letzten Jahres keinesfalls angemessen. Doch unsere Vorschläge die Elternbeiträge pauschal zu reduzieren und auch eines kostenlosen Mittagessens für alle Kinder wurden von der Koalition abgelehnt.

Erfreulich hingegen war, dass unsere Änderungsanträge zu inklusiveren Kitas, also insbesondere den Anspruch, dass Kinder mit Behinderung gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen betreut werden, nach viel Lob in der Expert\*innenanhörung im Ausschuss von der Koalition umgesetzt wurden. Somit sind auch mittelsächsische Kitas verpflichtet, der Inklusion Rechnung zu tragen. Die Novelle war ein intensiver Prozess, in den wir als Team rund um Marika viel investiert haben. Dafür konnten wir die linke und mittelsächsische Perspektive gut einbringen und an einigen Stellen Erfolge erzielen oder unsere Positionen gut sichtbar machen.

**Flohmarkt zu Gunsten der Tafel in Mittweida**Von **ATTILA GRAFE**

Der 1. Juni ist der Weltkindertag. Diesen Tag hat sich das Soziale Bündnis Mittelsachsen (SBM) zum Anlass genommen, um Kindern eine Freude zu bereiten und die Tafel in Mittweida zu unterstützen. Im Vorhinein wurden im Büro der LINKEN und im Freizeitzentrum Erucula



Sachspenden gesammelt, welche dann am Kindertag an Kinder, Eltern, Großeltern und andere Interessenten verkauft wurden. Wichtig war es uns, dass der Verkauf auf freiwilliger Spendenbasis läuft und so jede:r einen ihm angemessenen Betrag spenden konnte. Die übriggebliebenen Bücher und Kinderspiele sowie der Gewinn werden an die Tafel in Mittweida gespendet.

**Queere Menschen und der Pride Month**von **REBECCA LANGE**

Am 31.05. fand als Auftakt-Veranstaltung des Pride Months eine Veranstaltung im Mittweidaer Abgeordnetenbüro statt. Der Juni wird in Gedenken an die Stonewall-Aufstände 1969 in New York City als Pride Month gefeiert. Damals begannen sich queere Menschen gegen eine Razzia in der „Stonewall Inn“ Bar zu wehren, um damit gegen Diskriminierung und für die Rechte queerer Menschen sowie die Freiheit, selbst über seine sexuelle Orientierung zu entscheiden, zu kämpfen. Nur ein Jahr darauf hatten sich Proteste und Aufstände zu einer organisierten Demonstration in der Christopher Street, dem Standort der Stonewall Inn Bar, entwickelt. Noch bis heute finden alljährlich sogenannte „Christopher Street Days“ kurz CSD an allen erdenklichen Orten statt.

Gleichberechtigung beginnt im Denken. Umso wichtiger sind Tage, Personen und Veranstaltungen, welche immer wieder die Aufmerksamkeit auf Missstände und Handlungsbedarfe lenken. Das will sowohl der Pride Month als auch sein Höhepunkt, der

CSD, bewirken und ein Zusammenspiel aus Feiern und Demonstrieren sein. Denn wir haben trotz allem Grund, die Errungenschaften hinsichtlich der Rechte von LGBT-QIP+ Menschen zu feiern und ebenso stolz auf unsere Identitäten und Gemeinschaften zu sein. Jedoch dürfen wir dabei nicht vergessen, dass es in vielen Ländern und Regionen noch nicht so weit ist und die Ausgrenzung von, ja sogar Hass gegen queere Menschen noch stark vorherrscht. „Wir sollten uns immer daran erinnern, dass wir noch viel Arbeit vor uns haben, um sicherzustellen,



dass jede und jeder unabhängig von ihrer oder seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität frei leben und sich ausleben kann“, so Tobias Krause, unsere Vertrauensperson im Kreis, welcher bei der Veranstaltung in Mittweida nicht nur über den CSD, sondern auch über die unterschiedlichsten Symbole und Farben sprach, mithilfe welcher sich queere Menschen ausdrücken und bemerkbar machen. So existieren mittlerweile derer wesentlich mehr als nur ein Regenbogen, welchen wir symbolhalber dennoch am 31. Mai im Büro aufgehängt haben.



Die Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta kehrte in diesem Jahr zurück nach Roßwein und hielt auf drei Feierlichkeiten die Jugendweihereden. Dabei traf sie auf viele „alte Bekannte“ mit denen sie zahlreiche Gespräche führte.

**Demonstration in Rochlitz unter dem Motto: „Ohne Frieden ist alles nichts“**

Am Sonntag, dem 11.6. fand um 14 Uhr auf dem Topfmarkt in Rochlitz eine Demonstration unter dem Motto: „Ohne Frieden ist alles nichts“ statt. Der Ortsverband der Partei DIE LINKE Rochlitz/Geringswalde hatte aufgerufen, gegen das geplante Nato-Manöver „Air Defender 2023“ auf die Straße zu gehen.

Dieser Einsatz stellt die größte Truppenübung seit der Gründung der Nato 1949 dar. Knapp 10.000 Soldaten aus 25 Mitgliedstaaten nehmen daran teil. Dabei soll das Manöver laut Bayerischem Rundfunk „ein Signal der Abschreckung gegen Russland senden“. Die Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der Linken in Mittelsachsen Marika Tändler-Walenta, war als Rednerin bei der Rochlitzer Demonstration dabei und sagt dazu: „Das geplante Militärmanöver wird für weitere außenpolitische Spannungen sorgen, Wir stehen auf der Seite der zivilen Hilfsbündnisse und Friedensinitiativen und halten das militärische Säbelrasseln für unverantwortlich. Gerade jetzt, als nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wieder ein Krieg in Europa ausgebrochen ist, sind Deeskalation und Diplomatie das Gebot der Stunde. Als Linke stehen wir dabei klar auf der Seite der Menschen, welche vor Not und kriegerischen Auseinandersetzungen fliehen müssen.“ (ag)



Nachdem wir uns im März mit dem Versuch der Reaktivierung der Strecke von Döbeln über Roßwein nach Meißen und im April mit den unseren Landkreis Mittelsachsen betreffenden Linien der City-Bahn Chemnitz beschäftigt haben, ging es in unserer kleinen Serie im Mai um die Situation der Eisenbahn im südlichen Teil des Landkreises.

Aus aktuellem Anlass fügen wir unserer kleinen Serie in einem abschließenden Teil einen Ausblick auf das Jahr 2024 an, für die mit Entscheidungen in den vergangenen Wochen sinnbildlich „die Weichen gestellt“ wurden.

### Neues (erfreuliches) von der Bahnlinie Chemnitz - Leipzig

In unserer Mai-Ausgabe charakterisierten wir die **Mitteldeutsche Regiobahn (MRB)** als absoluten Dominator in unserer Region. Sie betreibt als Tochterunternehmen der französischen Transdev Group den Regionalverkehr auf den Strecken Dresden-Hof (RE3), Chemnitz-Elsterwerda (RB45), Chemnitz-Leipzig (RE6) und Leipzig-Döbeln (RB110), die alle für den Landkreis Mittelsachsen relevant sind.



Die Optik der Züge der Mitteldeutschen Regionbahn (MRB) ist identisch. Hier steht ein Diesellok nach Döbeln abfahrtsbereit auf dem Leipziger Hauptbahnhof.

Im kürzlich durchgeführten Vergabeverfahren erhielt der Mutterkonzern Transdev den **erneuten Zuschlag für die Regionalverbindung zwischen Chemnitz und Leipzig**. Die wesentliche Veränderung gegenüber der vergangenen Periode seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2015: Statt der bisherigen Waggons aus Beständen der Deutschen Reichsbahn der DDR mit Diesellok - welche bei Passagieren seit

Jahren wegen ihres fortgeschrittenen Alters sowie teils fehlender Barrierefreiheit in der Kritik stehen - werden auf der Strecke ab Sommer 2024 elf moderne batteriebetriebene Züge fahren, die der Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) zur Verfügung stellt. Die Geschwindigkeit kann dadurch um 20 Kilometer pro Stunde erhöht und die Fahrzeit zwischen Chemnitz und Leipzig erheblich unter eine Stunde gedrückt werden. Optisch werden die batteriebetriebenen Züge an die Elektrozüge erinnern, die die MRB bereits zwischen Dresden und Hof, Chemnitz und Elsterwerda sowie Leipzig und Döbeln einsetzt. Die Akku-Züge funktionieren nach Abschluss der geplanten Streckenelektrifizierung auch mit normalem Oberleitungsstrom. Transdev wird nach Angaben des VMS der erste Betreiber von batterieelektrischen Nahverkehrszügen in Sachsen sein. Solange die Strecke Chemnitz - Leipzig nicht durchgehend elektrifiziert ist, werden die Akkus der Züge an den Endbahnhöfen in Chemnitz und Leipzig geladen. Entsprechende Infrastruktur wird bereits installiert.

### Neues (weniger erfreuliches) von der Erzgebirgsbahn

Die **Erzgebirgsbahn** als Tochter der Deutschen Bahn betreibt - nachdem sie die Linie Chemnitz-Aue im Januar 2022 an die City-Bahn Chemnitz des Verkehrsverbundes Mittelsachsen (VMS) abgegeben hat - gegenwärtig noch die Strecken Chemnitz-Olbernhau, Chemnitz-Cranzahl und Zwickau-Johanngeorgenstadt. **Inzwischen ist das Aus der Erzgebirgsbahn beschlossene Sache.** Der Grund: Die Erzgebirgsbahn hat für die Neuvergabe der bisher von ihr betriebenen Strecken für die Zeit ab Juli 2024 kein Angebot eingereicht. Wie es weitergeht, ist inzwischen weitestgehend geklärt: Die Strecken zwischen Chemnitz und Olbernhau sowie zwischen Chemnitz und Cranzahl werden von der City-Bahn übernommen, die Strecke zwischen Zwickau und Johanngeorgenstadt soll künftig von der Vogtlandbahn betrieben werden.

### Neues von der Freiburger Eisenbahn

Die **Freiberger Eisenbahn** (exakt Freiberger Eisenbahngesellschaft mbH, ebenfalls ein Tochterunternehmen der französischen Transdev-Group) betreibt seit November 2000 die Bahnstrecke Freiberg-Holzgau (RB83). **Diese Bahnstrecke wird neu ausgeschrieben.** Der Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) hat das Vergabeverfahren eröffnet. Bewerben können sich Eisenbahnunternehmen aus ganz Europa. Die Vertragslaufzeit beträgt zwölf einhalb Jahre, die Betriebsaufnahme durch den Sieger der Ausschreibung erfolgt am 9. Juni 2024.

## Zum stand der reaktivierung der eisenbahnstrecke döbeln - meissen

Seit unserer LinksWorte-Ausgabe vom Juni 2020 berichten wir regelmäßig über den Stand der Debatte um die Reaktivierung von Eisenbahnstrecken im Landkreis Mittelsachsen. Dabei thematisierten wir vor allem die Anbindung des ehemaligen Eisenbahnknotens Rochlitz in das gegenwärtige Eisenbahnnetz sowie die Reaktivierung der 2015 stillgelegten Verbindung zwischen Döbeln und Meißen.

Unter Regie der Vorsitzenden der Kreisverbände Mittelsachsen und Meißen der LINKEN, Marika Tändler-Walenta und Uli Köhler, fanden 2023 zwei „Runde Tische“ statt. Marika Tändler-Walenta hat in ihrer Funktion als Landtagsabgeordnete zwei Kleine Anfragen zur Reaktivierung der Bahnstrecke Döbeln-Nossen-Meißen an die Staatsregierung gestellt. Nach Beantwortung der ersten Anfrage am 9. August 2022 fasste sie den aktuellen Stand mit den Worten „endlich etwas Licht, aber noch viel Schatten“ zusammen.

Am 22. Juni findet - leider nach Redaktionsschluss unserer aktuellen Ausgabe - in Roßwein der dritte „Runde Tisch“ statt. Wir werden in unserer Juli-Ausgabe darüber berichten. In der Einladung zu dieser Beratung bemerkt Marika Tändler-Walenta: „Wir freuen uns darauf, wieder gemeinsam ins Gespräch zu kommen, um die Idee und den Bevölkerungswunsch der Bahnreaktivierung Realität werden zu lassen.“

**Was geschah seit dem letzten Runden Tisch.** Der regionalen Presse können wir entnehmen, dass der SPD-Landtagsabgeordnete Henning Homann auf sehr gut besuchten Bürgerversammlungen im Herbst in Döbeln und Meißen zur Reaktivierung der Bahnstrecke Döbeln-Dresden im Döbelner Ostbahnhof Zuversicht für die Modernisierung und damit Wiederbelebung der Strecke verbreitete. Es seien bereits einige Schritte erfolgt, aber es fehlte vor allem an Geld, was nur vom Land Sachsen beigesteuert werden könne. Er kündigte einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD an, die finanziellen Mittel für die Streckenaktivierungen in Sachsen mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 deutlich aufzustocken. (Zur Erinnerung: aus dem Doppelhaushalt 2021/2022 sind nach Information aus der Staatsregierung keinerlei Mittel zur Reaktivierung der Strecke Döbeln-Meißen abgeflossen).



Seit 2015 abgekoppelt vom Eisenbahnverkehr: Der Bahnhof der Stadt Roßwein.

In der Antwort von Staatsminister Martin Dulig vom 17. Januar 2023 auf die zweite Kleine Anfrage von Marika Tändler-Walenta aus dem vergangenen Jahr wird auf die im Doppelhaushalt 2023/2024 eingestellten Barmittel in Höhe von 3,6 Millionen Euro (für das Jahr 2023) und 2,0 Millionen Euro (für das Jahr 2024) für die Aktivierung sächsischer Schienenstrecken verwiesen. „Gesonderte Beträge zur Strecke Döbeln-Meißen enthält der Titel nicht“, es könnten aber aus diesem Titel auch Zuwendungen für die Strecke Döbeln-Meißen finanziert werden. Bereits im Dezember 2022 habe das Eisenbahnbundesamt zudem Förderbescheide zu vorgezogenen Erhaltungsinvestitionen zur Anbindung des Tanklagers in Rhäsa bei Nossen, welches für die Versorgung großer Teile Sachsens mit Mineralölstoffen zuständig ist, erlassen.

## wertebasierte oder interessengeleitete außenpolitik?

von ACHIM GRUNKE

Im Koalitionsvertrag 2021-2025 verpflichteten sich die Parteien der „Ampel“-Regierung darauf, ihre Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik wertebasiert und europäischer aufzustellen. Den Kompass dabei sollen die Menschenrechte als wichtigster Schutzschild der Würde des Einzelnen bilden. Insgesamt sei der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik für Deutschland und Europa.

Jedoch wird die Glaubwürdigkeit der wertebasierten deutschen Außenpolitik auch in Zweifel gezogen: während gegenüber autokratischen Staaten wie China, Russland und Iran der moralische Zeigefinger erhoben wird, wird gegenüber den autokratischen Golfstaaten Katar, VAE und Saudi-Arabien in mitunter devoter Weise Nachsicht geübt, weil mit Hilfe letzterer die Gas- und Energiesicherheit für Deutschland gesichert werden soll. Werden also hier die vermeintlichen Werte hintangestellt und gewinnen die Interessen doch die Oberhand?

Gilt also der realpolitische Lehrsatz des SPD-Politikers Egon Bahr (1922-2015), ab 1969 maßgeblich die Entspannungspolitik zwischen Ost und West mit prägend, den er vor Gymnasiasten in Heidelberg am 3. Dezember 2013 aussprach: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“

## Realismus in der Politik

Gewiss nimmt Egon Bahr hier eine pointierte Zuspitzung vor, denn ohne ethische Grundsätze und einen moralischen Kompass kann es letztlich keine vernünftige Politik geben. Und wie Moral und Ethik auf politisches Handeln Einfluss zu nehmen haben, damit haben sich Philosophen seit der Antike befasst. Der Sozialphilosoph Erich Fromm (1900-1980), dem eine ethische Basis für die Politik wichtig war, plädierte zugleich für eine realistische Außenpolitik, die gegebene Tatsachen zur Grundlage des Handelns machen muss. (Vgl. Anmerkungen zu einer realistischen Außenpolitik [1961], in: Fromm, Ethik und Politik, Beltz Verlag 1990, S. 56ff)

Robert Kaplan, US-amerikanischer Publizist und „Senior fellow“ („erfahrener Wissenschaftler“) am Center for a New American Security in Washington, erklärte 2016 in einem Interview: „Außenpolitik ist eine Frage von Notwendigkeiten, nicht von Wünschen, und beruht auf Analysen, nicht auf Gefühlen. Jeder ausgeprägte Realismus muss aber mit einer Dosis Idealismus angereichert werden, sonst erlischt der Glaube daran, dass man Gutes erreichen kann.“ Für eine realistische Außenpolitik hat er folgende Leitsätze formuliert: (1) Ordnung kommt vor Freiheit, (2) man muss tragisch denken, um Tragödien zu vermeiden, (3) nicht jedes Problem ist lösbar, (4) Interessen kommen vor Werten und (5) Leidenschaft und gute Politik passen oft nicht zusammen. (Vgl. Robert D. Kaplan: The Realist Creed, 2014)

Eine auf Werten basierende Außenpolitik hat nicht nur die eigenen Interessen zu definieren, sondern auch die vitalen Interessen, insbesondere die Sicherheitsinteressen, der Gegenseite wenigstens nicht zu ignorieren. Dazu auch der SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi in seinem Buch „Nationale Interessen“: „Wir müssen uns bemühen, auch die Interessen anderer Nationen und ihre Regierungen zu verstehen. Das gilt

auch für Diktaturen und Diktatoren. Es geht dabei nicht darum, deren Handlungen zu billigen oder gar sie zu entschuldigen..., sondern es gilt, das Fundament des Handelns dieser Staaten zu begreifen, um dann unser Handeln so vernünftig wie möglich danach auszurichten.“ (a.a.O., S. 27)

## Projekt Weltethos

Der Tübinger Theologe Hans Küng (1928-2021), der das vom ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan unterstützte Projekt Weltethos begründete, erklärte zu der Thematik: „Meine persönliche Position sehe ich zwischen einer rücksichtslosen Realpolitik und einer moralisierenden Gesinnungsethik. Ungeeignet für eine bessere Weltordnung erscheint mir die bloße Erfolgsethik von Realpolitikern, für die der politische Zweck alle Mittel, auch unmoralische wie Lug, Betrug, Verrat, Folter, politischen Mord und Krieg, ‚heiligt‘. Untauglich erscheint mir auch die bloße Gesinnungsethik von Idealpolitikern, für die eine rein moralische Motivation und der gute Zweck ausreichen, die sich aber um reale Machtverhältnisse, konkrete Durchsetzbarkeit und um mögliche negative Folgen allzu wenig Gedanken machen.“ (Hans Küng: Erlebte Menschlichkeit. Erinnerungen, Piper Verlag 2015, S. 472)

Für die Begründung des Projektes Weltethos ging Küng davon aus, dass alle Religionen, Kulturen und Philosophien bereits grundlegende Wert- und Moralvorstellungen gemeinsam haben. Zuerst der Grundsatz: Jeder Mensch soll menschlich behandelt werden. Und zum Zweiten die „Goldene Regel“: Behandle andere so, wie du auch selbst von ihnen behandelt werden möchtest. Aus diesem größten gemeinsamen Nenner leitete Küng gemeinsame Grundwerte ab:

- (1) Gewaltlosigkeit: Erst, wenn Fäuste und Waffen schweigen, kommen wir ins Gespräch. Und auch das führen wir am liebsten gewaltfrei.
- (2) Gerechtigkeit: Wer nach ihr strebt, sorgt sich nicht nur um das eigene Wohl, sondern ist fair und solidarisch, wenn anderen Ungerechtigkeit widerfährt.
- (3) Wahrhaftigkeit: Wahrheit und aufrichtiges Handeln sind sowohl für unsere persönliche Entwicklung als auch für den gesellschaftlichen Fortschritt elementar.
- (4) Gleichberechtigung & Partnerschaft: Damit begegnen wir alle uns auf Augenhöhe. Das schließt jede Form von Diskriminierung aus.
- (5) Ökologische Verantwortung: Wer sie annimmt, ist bemüht um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen - für Mitwelt, Umwelt und Nachwelt. Um diese Grundwerte und die Weltethos-Idee umzusetzen, braucht es nach Küng

- den Dialog der Religionen und Kulturen, besonders das Wissen um Gemeinsamkeiten im Ethos.

- Eine kulturübergreifende Werteerziehung. Schon Kinder müssen lernen, dass friedliches Zusammenleben auf allen Ebenen vom Einhalten elementarer Regeln abhängt. Keine Gesellschaft kann ohne ein verbindendes Wertefundament funktionieren.

- Ethische und interkulturelle Kompetenz in Wirtschaftsunternehmen. Akteure im internationalen Wettbewerb sind mehr denn je auf kulturübergreifende Normen angewiesen.

- Eine in Recht und Ethos verankerte internationale Politik: Kooperation und Integration statt militärischer Konfrontation.

(<https://projektweltethos.de/ueber-weltethos/>)

## Zur wertebasierten US-Außenpolitik

Im Selbstverständnis der US-Außenpolitik wird der traditionell hohe Stellenwert der Freiheitsrechte in der Geschichte der USA hervorgehoben, geprägt durch die „Virginia Bill of Rights“ von 1776, einem der ersten demokratischen Verfassungsdokumente. Im 19. Jahrhundert gab es aus Kongress und Regierung eine Parteinahme für die Unterstützung demokratischer Bewegungen in anderen Ländern, so u.a. für den Unabhängigkeitskampf lateinamerikanischer Kolonien von der spanischen Fremdherrschaft, für die Pariser Februarrevolution 1848, für den ungarischen Aufstand 1849.

Als aber am Ende des 19. Jahrhunderts die USA eine Politik imperialistischer Landnahme einleiteten, diskreditierte sich die von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten angeblich geleitete Politik von selbst, was „in Lateinamerika noch heute nachwirkt...und aus dem wiederholten Gebrauch humanitärer Ideale als Legitimationsmittel zur Durchsetzung machtpolitischer Ziele“ resultiert. (Siehe Christoph Müller: Die Menschenrechte als außenpolitisches Ziel, Nomos Verlagsgesellschaft 1986, S. 29)

Fundamentale Glaubwürdigkeitsdefizite der vermeintlich wertegesteuerten US-Außenpolitik stellt u.a. auch Klaus von Dohnanyi in dem bereits o.g. Buch fest, was ganz und gar zum Selbstbild der „exceptional nation“ (einzigartigen Nation) passt: „Sicherlich ist auch die Einstellung zum Völkerrecht in den USA grundsätzlich anders als in Europa. Denn US-amerikanische Bürger sind offenbar etwas Besseres als die Bürger anderer Staaten. Jedenfalls verweigern die USA unter anderem dem Haager Gerichtshof die politische Anerkennung und drohen sogar mit Sanktionen, sollten US-Bürger wegen Menschenrechtsverletzungen von diesem Gericht zur Rechenschaft gezogen werden... Das amerikanische Recht erlaubt auch, Mitglieder einer anderen Regierung ohne Prozess zu ermorden (targeted killing), wenn man in der betreffenden Person eine Gefahr für die Sicherheit der USA sieht...“ (Dohnanyi, a.a.O., S. 77)

Auch die interventionistische Politik der USA seit 1945 muss darauf hinterfragt, ob sie den großen Idealen der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte entspricht, für deren Durchsetzung in der Welt ja die USA meinen angetreten zu sein. Nachweislich haben die USA und hier insbesondere über ihren Geheimdienst CIA den Sturz demokratischer Regierungen und die Installation diktatorischer Regime bewirkt, u.a. 1953 im Iran mit dem Sturz von Ministerpräsident Mossadegh und der Wiedererrichtung des Schahregimes, 1954 in Guatemala mit dem Sturz von Präsident Arbenz. Im darauf folgenden Bürgerkrieg kamen über zweihunderttausend Menschen ums Leben. 1964 wurde in Brasilien der demokratische Präsident Goulart gestürzt und eine bis 1985 währende Militärdiktatur errichtet. 1965 wurde in Indonesien der rechtsgerichtete General Suharto unterstützt, um den demokratischen Präsidenten Sukarno zu stürzen. Bei dem damit verbundenen Massaker wurden weit über eine Million Menschen umgebracht. 1973 half die CIA beim Sturz des demokratischen Präsidenten Allende in Chile und der Errichtung der Militärdiktatur von General Pinochet, unter der über vierzigtausend Opfer zu beklagen waren. (Siehe Vincent Bevins: Die Jakarta Methode. Wie ein mörderisches Programm Washingtons unsere Welt bis heute prägt, Papyrossa Verlag 2023)

Ebenso haben die völkerrechtswidrigen Kriege der USA, die auch im Namen von Freiheit und Menschenrechten geführt wurden (1964-1973 in Vietnam, 1999 in Rest-Jugoslawien, 2003 im Irak) nur Tod und Verwüstung gebracht.

**kreisvorstand aktuell**

Der Kreisvorstand kam am 14. Juni im Bürgerbüro Mittweida zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Als Gast und Debattenteilnehmer wurde der Vorsitzende des Kreisverbandes Meißen der LINKEN, Ulrich Köhler, an der Beratung teil. Es wurden folgende Schwerpunkte beraten:

■ **Zur aktuellen politischen Situation bei der LINKEN.** Im Mittelpunkt der angeregten Debatte stand - wie konnte es anders sein - der Beschluss des Parteivorstands vom 10. Juni mit dem Kernsatz "Die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht". Im Kreisvorstand gab es einmütige Zustimmung zum Vorgehen des Parteivorstands. Aber man war sich auch einig: der Schritt hätte eher kommen müssen. Der Gefahr einer Spaltung der Partei müsse man ins Auge sehen, was mit einem Verlust an Genoss\*innen einhergehen würde. Auch im mittelsächsischen Kreisverband, vor allem an Mitglieder der Kreistagsfraktion habe es Anrufe gegeben, sie für ein mögliches alternatives Parteiprojekt um Sahra Wagenknecht zu gewinnen. Dennoch hob Ulrich Köhler Sahra Wagenknecht als „linke Persönlichkeit“ hervor, deren Verlust für DIE LINKE man ehrlich bedauern müsse.

■ **Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen im Juni 2024.** Dazu wurde die vom ehrenamtlichen kreislichen Wahlkampfleiter Marvin Jamale erarbeitete Terminliste vorgestellt. Nach der Beratung mit den Ortsvorsitzenden sind die drei Regionalkonferenzen vom 19. bis 21. Juni der nächste Schwerpunkt. Im Kreisverband muss es das Ziel sein, die Zahl der Kandidierenden von der vergangenen Kommunalwahl wieder zu erreichen. Ulrich Köhler erläuterte den aktuellen Stand der Wahlvorbereitung im Kreisverband Meißen.

■ **Im abschließenden Tagesordnungspunkt „Sonstiges“** ging es u.a. um die Terminabstimmung für das 2. Halbjahr, die Bildung einer AG Jugend mit dem Schwerpunkt „Freiberg“ sowie den nächsten „Runden Tisch“ zur Reaktivierung der Bahnstrecke Döbeln-Meißen.

**CLARA & FRIEDRICH**  
DIE REVOLUTION MUSS TANZBAR SEIN

Einwöchiges Theaterstück  
19.06.2023 (19:00 Uhr) und 20.06.2023  
(19:00 Uhr) im Saal der St. Prankratius-Kirche  
Kirchberg 3, 09306 Königshain-Wiederau  
Königshain

VERANSTALTUNG ZUM 90. TODESTAG VON CLARA ZETKIN  
**ST. PRANKRATIUS-KIRCHE**  
**20. Juni 2023 um 19 Uhr**  
Kirchberg 3, 09306 Königshain-Wiederau

VERANSTALTER  
Museum in der alten Dorfschule // Heimat und Natur OV Königshain-Wiederau e.V.  
Kontakt: 037202/8040 und museum-wiederau@gnk.de

**unsere jubilarer**



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Juli 2023 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

<b>WALTER RUCZYNSKI</b>	geb. am 03.07. 1936,	in	Brand-Erbisdorf
<b>MEINOLF REG´N</b>	geb. am 05.07. 1953,	in	Leisnig
<b>MARGARETE RÖDIG</b>	geb. am 10.07. 1943,	in	Waldheim
<b>REINHARD KLUGE</b>	geb. am 11.07. 1933,	in	Rechenberg-Bienenm.
<b>HELLFRIED WITTIG</b>	geb. am 13.07. 1936,	in	Roßwein
<b>STEFAN MÖCKEL</b>	geb. am 14.07. 1948,	in	Hainichen
<b>ALBRECHT TOLKE</b>	geb. am 16.07. 1941,	in	Freiberg
<b>DETLEF WITTSTOCK</b>	geb. am 16.07. 1953,	in	Hainichen
<b>CHARLOTTE ANDERS</b>	geb. am 18.07. 1935,	in	Großhartmannsdorf
<b>VOLKER TRÄGER</b>	geb. am 26.07. 1936,	in	Freiberg
<b>HEINZ KLEINSTÜCK</b>	geb. am 29.07. 1926,	in	Flöha

**In eigener Sache:** An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senior\*innen in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

**historische daten und jahrestage im juni 2023**

**Juni 1723:** Adam Smith (Philosoph und Ökonom) in Schottland geboren.

**05.06. 1823:** Provinzialständergesetz in Preußen ermöglicht die Einrichtung von Provinzialvertretungen.

**01.06. 1848:** In Köln erscheint die „Neue Rheinische Zeitung“.

**14. - 16.06. 1848:** Erster Demokratenkongress in Frankfurt/Main. Der 2. Kongress findet vom 26. bis 30. Oktober in Berlin statt.

**23. - 26.06. 1848:** Juniinsurrektion (bewaffneter Aufstand) in Paris.

**20.06. 1923:** Rede von Clara Zetkin „Der Kampf gegen den Faschismus“ auf dem dritten erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern.

**20.06. 1933:** Clara Zetkin verstorben.

**22.06. 1933:** Verbot der SPD. Andere Parteien und Organisationen lösen sich von selbst auf oder werden gleichgeschaltet.

**22.06. 1933:** Johannes Stelling (SPD-Politiker) ermordet.

**20.06. 1948:** Die Währungsreform in den drei Westzonen ordnet das Geldwesen neu und spaltet zugleich die Währungseinheit Deutschlands. Wenige Tage später muss auch in der sowjetischen Besatzungszone eine Währungsreform durchgeführt werden. Die Auseinandersetzungen um die Währungs-

reform in Berlin münden in der Berlin-Blockade.

**28.06. 1948:** Die Konferenz der Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) schließt die jugoslawischen Kommunisten aus, die sich nicht dem Führungsanspruch der KPdSU unterordnen wollen. Der Sitz des Büros wird von Belgrad nach Bukarest verlegt. Die Parteien werden auf den Kampf gegen den „Titoismus“ verpflichtet.

**17.06. 1953:** Normerhöhungen, die Verschlechterung der Lebenslage und vorausgegangene Fehlentscheidungen der Regierung lösen in zahlreichen Orten der DDR spontane Betriebsversammlungen, Streiks und Demonstrationen aus, die sich unter den Bedingungen des kalten Krieges zum politischen Konflikt zuspitzen. Die sowjetische Besatzungsmacht setzt ihr Militär ein. Die Proteste werden niedergeschlagen.

**19.06. 1953:** In den USA wird das Todesurteil gegen Ethel und Julius Rosenberg vollstreckt, die der Atomspionage beschuldigt wurden.

**26.06. 1953:** In Moskau wird der ehemalige Geheimdienstchef L.P. Berija während einer ZK-Sitzung verhaftet. Das Militär sichert die Aktion. Nach einem Geheimprozess wird Berija am 23. Dezember hingerichtet.

**16.06. 1963:** Valentina Tereschkowa startet als erste Frau zu einem Weltraumflug.

**05.06. 2003:** J.W. Möllemann (FDP-Politiker) nimmt sich bei einem Fallschirmsprung das Leben.

**08.06. 2013:** Willi Sitte in Halle verstorben.

## terminübersicht

### Juni 2023:

14.06.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstands Mittweida, Bürgerbüro Weberstraße
15.06.	17:00 Uhr	Protest gegen das Manöver „Air Defender 2023 Frankenberg, Marktplatz
19.06.	18:00 Uhr	Regionalkonferenz Region Freiberg Hotel „Regenbogenhaus“, Freiberg, Brückenstraße 5
20.06.	18:00 Uhr	Regionalkonferenz Region Mittweida „Müllerhof“, Mittweida, Auensteig 37
20.06.	19:00 Uhr	„Clara & Friedrich“, musikalisches Theater- stück aus Anlass des 90. Todestages von Clara Zetkin St. Prankratius-Kirche Königshain-Wiederau
21.06.	18:00 Uhr	Regionalkonferenz Region Döbeln „Café Courage“, Döbeln, Bahnhofstraße 56
23.06. bis 25.06.		Sommerakademie der LINKEN Sachsen Jugendherberge Schöneck
23.06.	17:00 Uhr	Erstes Wahlplenum des Landesverbandes Sachsen Jugendherberge Schöneck
30.06. bis 02.07.		Linke Aktionskonferenz Jugendherberge Frankfurt/Main

### Für das 2. Halbjahr sind folgende Kreisvorstandssitzungen vorgesehen:

23.08.	18:00 Uhr	Kreisgeschäftsstelle Freiberg
13.09.	18:00 Uhr	Bürgerbüro Döbeln
18.10.	18:00 Uhr	Bürgerbüro Mittweida
15.11.	18:00 Uhr	Kreisgeschäftsstelle Freiberg

Im Dezember findet wieder eine Veranstaltung mit Landtagsbesuch in Dresden statt.

## zwei neue veranstaltungsreihen der landtagsfraktion der sächsischen linken

### Gebhardt trifft ...



Am 30. Mai startete im Kanonenhof am Brühlischen Garten in Dresden die neue Veranstaltungsreihe der Linksfraktion im Sächsischen Landtag unter dem Motto »Gebhardt trifft ...«. Im Rahmen dieser Reihe trifft Fraktionschef Rico Gebhardt künftig spannende Gäste zum Podiumsgespräch. Erster Gast war der Thüringer Ministerpräsident **Bodo Ramelow**. Die LinksWorte waren in Präsenz dabei. Die weiteren Veranstaltungen finden jeweils ab 18 Uhr im Zentralkino Dresden statt (Kraftwerk Mitte 16). Am 3. Juli trifft Rico Gebhardt den SPD-Landtagsabgeordneten **Frank Richter**, am 14. August die Zwickauer Oberbürgermeisterin **Constance Arndt**. Auch diese Gespräche können online wie offline verfolgt werden.

### ( so - zu - sa - gen )

So nennt sich der neue Online-Talk der Linksfraktion im Landtag. Die Abgeordneten sprechen jeweils ab 19 Uhr mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über drängende Themen unserer Zeit. Die nächsten zwei Online-Talks stehen unter dem Motto:

- 28. Juni: »Wie spaltet das Wutbürgertum die Gesellschaft?« mit **DAVID BEGRICH** (Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. Magdeburg) sowie MdL **JULIANE NAGEL** (Sprecherin für Migrations-, Flüchtlings- und Wohnungspolitik) und MdL **KERSTIN KÖDITZ** (Sprecherin für antifaschistische Politik und Sprecherin für Innenpolitik der Fraktion DIE LINKE)
- 10. Juli: »Wie gelingt der Strukturwandel?« mit Prof. Dr. **JOACHIM RAGNITZ** (ifo-Institut), Prof. Dr. **BERND HIRSCHL** (BTU Cottbus-Senftenberg) sowie MdL **ANTONIA MERTSCHING** (Sprecherin für Strukturwandel der Fraktion DIE LINKE) und MdL **MARCO BÖHME** (Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität der Fraktion DIE LINKE)

Holen wir  
uns den  
Reichtum  
zurück!

Umsteuern  
DIE LINKE.

